

# Als Berlin »zigeunerfrei« war

Erinnern an die Säuberungen vor der Olympiade 1936 und die Vertreibung und Ermordung der Sinti und Roma. Nebenbei feiert die AfD. **Von Carmela Negrete**

Der 27. Januar, Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, war auch ein Tag des Erinnerns in Berliner Stadtteil Lichtenberg. Das Bezirksamt hat im dortigen Museum in der Türschmidtstraße 24 eine kleine, aber informative Ausstellung mit dem Titel »Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma in Berlin« eröffnet. In nur einem Raum zeigen Berichte, Fotos und Dokumente deren systematische Ausgrenzung aus allen Bereichen der Gesellschaft – und Teile der Geschichte des Zwangslagers im Ostberliner Bezirk Marzahn. Ab 1936 waren rund 600 Berliner Sinti und Roma in diesem Lager interniert – mit dem Ziel, Berlin für die olympische Spiele zu »säubern«. Die Hauptstadt sollte »zigeunerfrei« sein.

Die meisten Betroffenen wurden in Vernichtungslagern ermordet. Ein entsprechendes amtliches Dokument ist in der Ausstellung zu sehen – und eine »Anerkenntnis für Zigeuner«, das Formular des Polizeipräsidenten von Berlin, auf dem der betreffende Rom oder Sinto seine Verschleppung selbst bestätigen musste. Europaweit wurden ab 1943 schätzungsweise 500.000 Sinti und Roma ermordet.

## Täter nie verurteilt

Die Ausstellung erinnert zudem an den Psychiater und »Rassenforscher« Robert Ritte und seine Krankenschwester Eva Justin. Ritte hatte 1936 die »Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle« eingerichtet. 1941 wurde er Leiter des »Kriminalbiologischen Instituts der Sicherheitspolizei im Reichskriminalpolizeiamt«. Immer wieder holten sie Sinti und Roma, auch Kinder, für vermeintliche »Forschungszwecke« aus dem Zwangslager Marzahn. Bis März 1944 schufen sie mit rund 24.000 »gutachterlichen Äußerungen« die Grundlage für die Anordnung der Deportation und Vernichtung von Sinti und Roma in Konzentrationslagern. »Weder Robert Ritte noch Eva Justin noch der Leiter der »Dienststelle für Zigeunerfragen«, Leo Karsten, wurden nach dem Krieg strafrechtlich verurteilt«, ist in der Ausstellung zu erfahren. Beide arbeiteten später weiter bei der Polizei und im Gesundheitssystem.

Unter dem Motto »Erinnern für die Zukunft« wurden zudem eine Nacht



CARMELA NEGRETE

In der Ausstellung »Die nationalsozialistische Verfolgung der Sinti und Roma in Berlin« im Museum des Bezirks Lichtenberg

lang mehr als 300 Namen jüdischer Familien aus der Nachbarschaft an die freie Hauswand des Museums projiziert. Bezirksbürgermeister Michael Grunst (Die Linke) hatte auch ein Wort »für die Opfer aus der Roten Armee und der Anti-Hitler-Koalition«, die den Nazis in die Hände gefallen waren. Mit dabei waren die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch und die Vizepräsidentin des Parlaments, Petra Pau (beide Die Linke). Der Saxophonist Burkhard Schmidt begleitete die Eröffnung der Lichtaktion. Die Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg e. V., Petra Rosenberg, deren Vorfahren selbst vertrieben worden waren, hielt eine emotionale Rede. Das Musikerduo Martin Weiss (Violine) und Janko Lauenberger (Gitarre) gefielen den Anwesenden so gut, dass sie eine Zugabe verlangten.

Am selben Freitag fand in Berlin zudem eine Mahnwache der »Initiative Ghettoorten – Gerechtigkeit jetzt!« vor dem Denkmal für die Ermordeten Juden Europas statt. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), die Jüdischen Glaubensgemeinden in Polen und die Vereinigung der Roma in Polen

forderten von Arbeitsministerin Nahles (SPD) eine Korrektur des sogenannten Ghettoorentengesetzes, da die bestehenden Regelungen etliche Menschen ausschließen, die während der Nazizeit in Ghettos Zwangsarbeit leisten mussten. Auch viele Roma erhielten keine Entschädigung für ihre KZ-Haft. Ohne eine solche starb im Juli 2001 beispielsweise Otto Rosenberg, der ehemalige Vorsitzende der Roma in Berlin-Brandenburg, der insgesamt neun Jahre im Konzentrationslager verbracht hatte. Sein Antrag auf Entschädigung für die KZ-Haft war Jahre zuvor abgelehnt worden: »Zigeuner. Wandertrieb. Hat keine Bindung an die Stadt Berlin«, zitierte die *Berliner Zeitung* wenige Tage nach seinem Tod die Begründung des Landgerichts.

Das ist kein Einzelfall – in der BRD wurden Entschädigungsforderungen von Roma systematisch abgeblockt – in den 1950er Jahren mit dem zynischen Argument, sie seien gar nicht verfolgt worden, es habe sich um legitime Sicherheitsmaßnahmen gehandelt, da die »Zigeuner« durch Eigenschaften wie »Asozialität«, Kriminalität und »Wandertrieb« ihre Bekämpfung veranlasst hätten. Dies fand sich laut Bundeszentrale für politische Bildung in den

1954/1955 veröffentlichten Kommentaren zum Bundesentschädigungsgesetz.

## AfD feiert am Gedenktag

Während im Museum Lichtenberg der Opfer des Faschismus gedacht wurde, fand im Rathaus der Neujahrsempfang der AfD-Fraktion statt. Es soll an der Terminvergabe im Rathaus gelegen haben, behaupteten AfD-Quellen gegenüber *junge Welt*. Anderes hatte der *Tagesspiegel* in seinem Newsletter für Lichtenberg geschrieben – die Leiterin der Pressestelle des Rathauses habe der Zeitung mitgeteilt, dass es auch andere freie Tage in dieser Woche gegeben habe. So oder so feierte die AfD fast zeitgleich mit der Ausstellungseröffnung und der Gedenkaktion. Bei dieser kamen aber auch die AfD und der Geschichtsrevisionismus ihres Thüringer Landespolitikers Björn Höcke zur Sprache. Er hatte das Holocaust-Mahnmal in einer Rede als »Denkmal der Schande« bezeichnet. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau sagte am Freitag in Lichtenberg mit Blick auf die AfD: »Wer sogenannte westliche Werte verteidigen will, muss vor allem Artikel 1 des Grundgesetzes verteidigen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Von jedem Menschen.«